

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

4. Oktober 1955

344/A.B.  
zu 353/JAnfragebeantwortung

Mitte Juli

Die Abg. Kandutsch und Genossen haben/an den Bundesminister für Unterricht eine Anfrage, betreffend die Ablehnung der Stadt Innsbruck als Austragungsort der olympischen Winterspiele 1960 durch das IOC, gerichtet. Sie haben darin an den Minister folgende zwei Fragen gerichtet:

1. Sieht der Herr Bundesminister unter Hinweis auf die Tatsache, dass in den Statuten des IOC ausdrücklich eine Stadt als Austragungsort vorgesehen sein soll, eine Möglichkeit, eine Reassumierung des Beschlusses des IOC zu erreichen?
2. Ist der Herr Bundesminister bereit, im Hinblick auf den ausserordentlichen Schaden, den Österreich durch seine mangelhafte Vertretung im IOC erlitten hat, seinen Einfluss auf das Österreichische Olympische Comitee geltend zu machen, dass endlich ein würdiger Repräsentant des österreichischen Sports zum Präsidenten gewählt wird?

Hiezu teilt Bundesminister Dr. D r i m m e l folgendes mit:

ad 1. Das Bundesministerium für Unterricht war seinerzeit in Angelegenheit der Vergabeung der olympischen Winterspiele 1960 ressortmäßig nicht befasst worden und konnte auf die Wahl des Austragungsortes dieser Winterspiele keinerlei Einfluss ausüben. Eine Möglichkeit, eine Reassumierung des Beschlusses des Internationalen Olympischen Comites zu erreichen, besteht nicht.

ad 2. Das Österreichische Olympische Comitee hat Vereinscharakter. Das Bundesministerium für Unterricht als zuständiges Ressortministerium für den österreichischen Sport ist daher nicht in der Lage, die Wahl eines Präsidenten des Österreichischen Olympischen Comites herbeizuführen.

-.-.-.-